

Antrag G1-ÄA1: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	Linksjugend ['solid] Thüringen
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 219

214 Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der
215 Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses
216 Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere sich im Schlechtreden gefallen
217 und Macht erhalten, obwohl sie nur verwalten oder rückwärtsgewandten Stillstand
218 wollen. Wir brauchen keine Miesmacher, wir brauchen keinen Kulturkampf. Wir brauchen
219 keinen Markt, der nichts regelt. Wir brauchen setzen uns konsequent für ein Thüringen, ~~wo wir gut~~
~~leben können~~ ein, in welchem ein gutes Leben für Alle möglich ist. Geleitet von der Vision eines
demokratischen Sozialismus gehen wir täglich kleine und große Schritte, um das Leben der Menschen
besser zu machen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag G1-ÄA2: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 73 - 75

73 Wir haben in Thüringen schon viel erreicht. Diesen Weg setzen wir fort. ~~Auch wenn wir~~
74 ~~uns selbst manchmal ungeduldig wünschen, dass es schneller gehen möge, müssen wir~~
75 ~~darauf achten, dass dabei niemand auf der Strecke bleibt.~~ Schon jetzt kämpfen wir für
76 eine LINKE, die als stärkste Kraft dieses Land mit Bodo Ramelow gestaltet. Wir
77 kämpfen für klare politische Mehrheiten, die es möglich machen, unsere Ziele linker
78 Politik nicht gegen den Dauervorbehalt einer konservativen, marktverliebten oder
79 extrem rechten Opposition zu stellen. Vieles, was wir vorhaben, können wir nur
80 schaffen, wenn wir auch neue finanzielle Wege gehen. Denn Zukunft lässt sich nicht
81 mit der schwarzen Null gestalten. Wo kostenfreie Bildung draufsteht, muss
82 öffentliches Geld drin sein. Wo klimagerechte Investitionen notwendig sind, muss Geld
83 schneller fließen im Kampf gegen die Zeit. Wo Gesundheit, Wohnen und Mobilität
84 gerecht und für jeden und jede zugänglich sein soll, muss die öffentliche Hand
85 Rahmenbedingungen schaffen. Demokratie, soziale und klimagerechte Politik sowie eine
86 starke Gesellschaft gibt es nicht zum Nulltarif.

Begründung

Der Satz sagt aus, dass mehr Menschen auf der Strecke bleiben, je schneller wir unsere politischen Ziele umsetzen. Das Gegenteil ist der Fall. Unsere Ungeduld, unsere polit. Ziele umzusetzen, muss größer werden, damit weniger Menschen auf der Strecke bleiben.

Antrag G1-ÄA3: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 92

92 ~~Sozialstaat Thüringer Modell~~ Mit unserer Idee vom Sozialstaat und der
93 Kindergrundsicherung nach „Thüringer Modell“ gehen wir einen klaren Weg der sozialen
94 Gerechtigkeit von Anfang an. Das fängt mit der Bildung an. Während die Ampel bei der
95 Kindergrundsicherung zusammenstreicht, Sprachkitas und Ausbildungsförderung kürzen
96 will, setzen wir auf Beitragsfreiheit. Wir wollen nicht nur von Jahr zu Jahr
97 finanzieren, wir wollen den Wandel im System der Finanzierung. Wir wollen endlich
98 Eltern befreien, von der Beitragszahlung vom ersten Jahr im Kindergarten bis zum
99 Meister- oder Masterabschluss. Entlastung bedeutet für uns, jungen Menschen den Weg
100 freizumachen mit einem Jugendticket, dass sich jede:r leisten kann.

Begründung

Begründung: Unter „Sozialstaat Thüringer Modell“ wird im Allgemeinen ein in Thüringen entwickeltes und umgesetztes Sozialstaatsmodell verstanden, das sich von anderen Bundesländern deutlich unterscheidet. Gibt es das oder kann es das überhaupt geben, da die grundsätzlichen Bereiche zur Sozialstaatsgestaltung (Soziale Transfersysteme, Steuerpolitik, Arbeitsgesellschaft, Kranken, Renten, Sozial- und Arbeitslosenversicherung, Eigentum) nach dem Grundgesetz der Landesebene entzogen und der Bundesebene zugeordnet sind? Wir können ein Förderprogramm auflegen, das stark beanspruchten Familien eine Woche Ferientaufenthalt bezuschusst, wir können zwei Kindergartenjahre beitragsfrei stellen, und noch ein paar Dinge mehr etwas besser machen als andere Bundesländer (oder genauso gut, denn manches gibt es dort auch.) Aber schaffen wir es, einen Thüringer Sozialstaat zu definieren und umzusetzen? Ist das mit unserer Ministerin besprochen? Gibt es schon Programme, wie Thüringen die Kranken- Arbeitslosen- und Pflegeversicherung reformieren, die Krankenhäuser und die Pflege in den öffentlichen Bereich holen, die Miethaie ausschalten will und mit welchen besseren Nachteilsausgleichen Thüringer Arbeitslose, chronisch Kranke und andere Bedürftige künftig rechnen können? Wenn wir nicht in der Lage sind, solche anspruchsvollen Begriffe mit Leben zu füllen und tatsächlich umzusetzen, schaffen wir neue Frustration. Erreichbare und für Menschen fassbare konkrete Ziele sind angeraten.

Antrag G1-ÄÄ4: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 223 - 225

220 Wir sind die Brandmauer, wir lassen nicht zu, dass Faschist:innen zum Zünglein an der
221 Waage werden und die mit ihren Worten andere bestärken, den Hass und die Hetze in die
222 Tat umzusetzen. 2024 geht es darum, welches Menschenbild dieses Land prägt. Wir
223 wollen ein gemeinsames Land, ein "Wir" statt ein "Die"! Wir wollen ~~einen sozialen~~
224 ~~Staat nach Thüringer Modell~~ ein soziales Land, eine Politik der Ermöglichung, des Erhalts unserer
225 Lebensgrundlagen und ~~Haltung, statt Rückfall in finstere Zeiten~~ einer solidarischen, humanistischen
Grundhaltung.

Begründung

Verzicht auf Thüringer Modell siehe 2., Verzicht auf Rückfall in finstere Zeiten, da unklar ist, was damit gemeint ist: die DDR, das Dritte Reich oder die BRD der 50er Jahre...

Antrag G1-ÄA5: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 218

214 Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der
215 Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses
216 Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere sich im Schlechtreden gefallen
217 und Macht erhalten, obwohl sie nur verwalten oder rückwärtsgewandten Stillstand
218 wollen. Wir brauchen ~~keine Miesmacher, wir brauchen~~ keinen Kulturkampf. Wir brauchen
219 keinen Markt, der nichts regelt. Wir brauchen Thüringen, wo wir gut leben können.

Antrag G1-ÄA6: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	Tilo Kummer
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 149

138 Dort wo Beteiligung möglich wird, kann gemeinsam darüber gesprochen werden, wie wir
139 uns bewegen und wohnen, ländliche und städtische Räume gestalten wollen und Gelder
140 der öffentlichen Hand genau dafür einsetzen. Thüringen ist ein Land der Mobilität.
141 Wir wollen die Verkehrswende so vorantreiben, dass Menschen nicht zwangsläufig auf
142 teure und klimaschädliche, fossile Brennstoffe angewiesen sind, aber dennoch niemand
143 abgehängt wird. Mobilitätsgarantie bedeutet für uns, dass nicht nur ein klassischer
144 Bus ins Dorf kommt, sondern, dass ein Auto auch dann noch zur Verfügung steht, wenn
145 keine Verbrenner mehr gebaut werden: Betrieben mit Strom aus erneuerbaren Energien,
146 von denen die Menschen im Dorf nebenbei auch wirtschaftlich profitieren und nicht nur
147 große Konzerne. Das gleiche gilt für die Frage, wer unsere Nahrung produziert und wo.
148 Statt dabei zuzusehen, wie landwirtschaftliche Flächen zum Börsenprojekt und
149 Spekulationsobjekt werden, tun wir etwas dagegen. Das gilt genauso für unseren Wald. Verkäufen von großen Waldflächen an Konzerne, wie im Fall des Verkaufs von 2.400ha im Landkreis Schmalkalden-Meiningen durch Michael von Sachsen-Weimar-Eisenach an die Schweizer Post, stellen wir uns künftig entgegen. Dazu ist das 2019 von unserer Regierungskoalition geschaffene und von der Landesregierung laut Zeitungsberichten ausgesetzte forststrukturelle Vorkaufsrecht für die Landgesellschaft endlich umzusetzen. Außerdem sollte geprüft werden, ob analog zur bereits vorhandenen Regelung im Landwirtschaftsrecht ein Verbot des Verkaufs von Wald zu stark überhöhten Preisen geschaffen werden kann. Nicht die Stiftung einer
150 Handelskette, sondern die kommunale oder genossenschaftlich organisierte oder klein-
151 und mittelständische Wirtschaft vor Ort sollten Grund und Boden gestalten.

Begründung

Felder, Wiesen und Wälder Thüringens werden immer wieder zu Spekulationsobjekten. Da unsere Grundstückspreise im deutschen und westeuropäischen Vergleich noch relativ niedrig sind, erwerben häufig international tätige Konzerne ganze Thüringer Betriebe. Letztes Beispiel dafür ist der Verkauf von rund 2400 Hektar Wald im Zillbacher Forst bei Schwallungen durch Michael von Sachsen Weimar-Eisenach an die Schweizer Post. 2400 ha Wald, das entspricht in etwa dem Waldbesitz der Städte Jena oder Hildburghausen, die zu den fünf walddreichsten Kommunen Thüringens gehören.

Um solchen Bodenspekulationen im Wald vorzubeugen und dem Ausverkauf von Thüringer Grund und Boden Einhalt zu gebieten, schuf R2G mit der Änderung des Thüringer Waldgesetzes von 2019 ein deutschlandweit einmaliges forstwirtschaftliches Vorkaufsrecht zu Gunsten angrenzender Waldbesitzer. Dieses Vorkaufsrecht sorgt dafür, dass benachbarte kommunale Forstbetriebe, ThüringenForst, Waldgenossenschaften, Forstbetriebsgemeinschaften und private Waldbesitzer eine Chance erhalten, an Stelle auswärtiger Investoren Wald zu kaufen, der sie in die Lage versetzt, bereits in ihrem Besitz

befindliche Waldflächen künftig besser bewirtschaften zu können. Das Vorkaufsrecht wird dafür von der Thüringer Landgesellschaft wahrgenommen. Die Landgesellschaft kann die über dieses Vorkaufsrecht erworbenen Grundstücke anschließend den regionalen Waldbesitzern ganz oder in Teilen weiterverkaufen. Außerdem kann die Landgesellschaft für das Land einen Flächenvorrat anlegen.

Am 16.08.2023 berichtete das Freie Wort, dass das forstwirtschaftliche Vorkaufsrecht für die Landgesellschaft durch die Landesregierung ausgesetzt wäre, weil die im Waldgesetz festgeschriebene Mitwirkungspflicht der Finanzämter bei der Ermittlung der regionalen Waldbesitzer mit zu hohem Aufwand verbunden wäre. Auch wenn es das Finanzministerium will, kann es nicht einfach Gesetze aussetzen! Außerdem ist der beschriebene, hohe Aufwand nicht nachvollziehbar, da Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft in den Einkommenssteuererklärungen separat erfasst werden und sich Forstbetriebe dementsprechend einfach ermitteln lassen.

Da in der Schweiz Waldgrundstücke etwa sechsmal teurer als in Thüringen sind, lag der Kaufpreis, den die Schweizer Post an Herrn von Sachsen Weimar-Eisenach zahlte, deutlich über den ortsüblichen Preisen. Aus der Bewirtschaftung des Waldes lassen sich solche Kaufpreise schwer refinanzieren. Nach Grundstücksverkehrsgesetz kann der Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen zu stark überhöhten Preisen untersagt werden. Eine analoge Regelung für Waldflächen würde Spekulationsgewinne, wie sie der Herr von Sachsen-Weimar-Eisenach beim Verkauf an die Schweizer Post erzielte, unmöglich machen und angrenzenden staatlichen, kommunalen oder privaten Waldbesitzern die Wahrnehmung eines Vorkaufsrechts erleichtern bzw. erst ermöglichen.

Ob eine solche Regelung für Waldgrundstücke möglich ist, sollte durch das Forstministerium oder die Landtagsfraktion geprüft werden.

Antrag G1-ÄA7: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 2 - 3

- 1 Thüringen ist ein Land der Chancen. Wir wollen dieses Land in der Thüringer Familie
- 2 gestalten, Sicherheit im Wandel geben und jene unterstützen, die hier ~~ihre Leben ha~~
leben, sowie jene, die ihre Zukunft hier sehen und jene, die dieses Land zu dem
- 4 gemacht haben, was es heute ist. Unser Thüringen.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA8: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 9

5 Thüringen ist ein Land der Chancen. Damit das so bleibt, braucht es weiterhin einen
6 starken linken Gestaltungswillen. Thüringen hat eine gute Entwicklung genommen. All
7 jene, die hier leben, ein Zuhause aufgebaut haben, oder finden, all jene, die in den
8 letzten Jahrzehnten daran mitgewirkt haben oder in den kommenden daran mitwirken
9 wollen, haben ~~dar~~ihren Anteil daran. Diese Thüringer Familie, dieses "Wir" aller, die hier
10 leben, macht uns aus. 2024 werden die Weichen für die Zukunft in Thüringen gestellt.
11 In Zeiten der Krisenbewältigung geht es jetzt darum, wie dieses Land in 10 oder 20
12 Jahren aussehen wird. Die Krisen der letzten Jahre und der aktuellen Zeit haben uns
13 gezeigt, wie wichtig es ist, sich aufeinander verlassen zu können.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA9: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 157

152 Mit der Verkehrswende, dem Ausbau einer kommunalen Gesundheitsversorgung, der
153 Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, verstärkten Investitionen in
154 Bildungseinrichtungen oder der dringend notwendigen Energiewende sind erhebliche
155 finanzielle Anstrengungen verbunden. Wir müssen daher alternative Wege zur
156 Finanzierung öffentlicher Projekte diskutieren, ohne dabei der Privatisierung das
157 Wort zu reden. Denn der Markt wird es nicht regeln. Er ist und bleibt das Ergebnis menschlichen
Handelns. Mit passgenauen öffentlichen
158 Investitionsgesellschaften des Landes könnten wir uns von starren Spielregeln der
159 schwarzen Null lösen und schneller werden. So beim Ausbau von Bus, Bahn, Schule,
160 Krankenhäusern, Mehrgenerationenhäusern, Jugendclubs, Kultureinrichtungen,
161 Hochschulen oder Nachbarschaftsläden als Räumen, in denen miteinander Mut gemacht und
162 Lösungen gefunden werden. Alles, was das Öffentliche ausmacht, muss in den
163 Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA10: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 158

152 Mit der Verkehrswende, dem Ausbau einer kommunalen Gesundheitsversorgung, der
153 Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, verstärkten Investitionen in
154 Bildungseinrichtungen oder der dringend notwendigen Energiewende sind erhebliche
155 finanzielle Anstrengungen verbunden. Wir müssen daher alternative Wege zur
156 Finanzierung öffentlicher Projekte diskutieren, ohne dabei der Privatisierung das
157 Wort zu reden. Denn der Markt wird es nicht regeln. Mit passgenauen öffentlichen
158 Investitionsgesellschaften des Landes ~~könnten~~können wir uns von starren Spielregeln der
159 schwarzen Null lösen und schneller werden. So beim Ausbau von Bus, Bahn, Schule,
160 Krankenhäusern, Mehrgenerationenhäusern, Jugendclubs, Kultureinrichtungen,
161 Hochschulen oder Nachbarschaftsläden als Räumen, in denen miteinander Mut gemacht und
162 Lösungen gefunden werden. Alles, was das Öffentliche ausmacht, muss in den
163 Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA11: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 162 - 163

152 Mit der Verkehrswende, dem Ausbau einer kommunalen Gesundheitsversorgung, der
153 Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, verstärkten Investitionen in
154 Bildungseinrichtungen oder der dringend notwendigen Energiewende sind erhebliche
155 finanzielle Anstrengungen verbunden. Wir müssen daher alternative Wege zur
156 Finanzierung öffentlicher Projekte diskutieren, ohne dabei der Privatisierung das
157 Wort zu reden. Denn der Markt wird es nicht regeln. Mit passgenauen öffentlichen
158 Investitionsgesellschaften des Landes könnten wir uns von starren Spielregeln der
159 schwarzen Null lösen und schneller werden. So beim Ausbau von Bus, Bahn, Schule,
160 Krankenhäusern, Mehrgenerationenhäusern, Jugendclubs, Kultureinrichtungen,
161 Hochschulen oder Nachbarschaftsläden als Räumen, in denen miteinander Mut gemacht und
162 Lösungen gefunden werden. Alles, was das Öffentliche ausmacht, **mus**gehört in den
163 Mittelpunkt unserer Anstrengungen gestellt.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA12: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 189

184 Wir wollen darüber sprechen, wie wir es schaffen, aus den ersten kleinen Schritten
185 der Technologieberatungsstellen und der Transformationsagentur einen großen werden zu
186 lassen. Zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, ist von
187 öffentlichem Interesse. Es braucht daher eine neue Industriebeteiligungsstrategie,
188 mit der das Land Unternehmen begleitet, die bereit sind, umzustellen, statt auf den
189 ~~Markt~~"Markt" zu warten, der zwar bereinigt, aber nicht regelt. Dazu bauen wir auf das Wissen
190 aus den Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die gemeinsam mit den berufsbildenden
191 Einrichtungen zu Weiterbildungszentren werden könnten. Dort unterstützen wir
192 Beschäftigte und bauen auf ihr Wissen, um die Aufgaben in den neuen industriellen,
193 öffentlichen und sozialen Arbeitsfeldern anzupacken. Wir wollen Sicherheit schaffen
194 in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt, statt die Menschen sich selbst zu überlassen
195 und wieder viele hinten runter fallen zu lassen. Es braucht das Verständnis dafür,
196 dass wir sie für alle Berufe und Aufgaben benötigen, die Teil der sozialen und
197 klimagerechten Energiewende sind.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA13: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 197

184 Wir wollen darüber sprechen, wie wir es schaffen, aus den ersten kleinen Schritten
185 der Technologieberatungsstellen und der Transformationsagentur einen großen werden zu
186 lassen. Zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, ist von
187 öffentlichem Interesse. Es braucht daher eine neue Industriebeteiligungsstrategie,
188 mit der das Land Unternehmen begleitet, die bereit sind, umzustellen, statt auf den
189 Markt zu warten, der zwar bereinigt, aber nicht regelt. Dazu bauen wir auf das Wissen
190 aus den Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die gemeinsam mit den berufsbildenden
191 Einrichtungen zu Weiterbildungszentren werden könnten. Dort unterstützen wir
192 Beschäftigte und bauen auf ihr Wissen, um die Aufgaben in den neuen industriellen,
193 öffentlichen und sozialen Arbeitsfeldern anzupacken. Wir wollen Sicherheit schaffen
194 in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt, statt die Menschen sich selbst zu überlassen
195 und wieder viele hinten runter fallen zu lassen. Es braucht das Verständnis dafür,
196 dass wir sie für alle Berufe und Aufgaben benötigen, die Teil der sozialen und
197 klimagerechten Energiewende sind. Bei Wirtschaftsförderung, Auftragsvergabe und Industriebeteiligungen ist auf den Aspekt der Guten Arbeit zu achten. Dazu gehören für uns Beschäftigungssicherung, Ausbildung, Mitbestimmung und Tarifbindung.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA14: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 198

198 **Haltung ~~zeigen~~:zeigen und für Sicherheit sorgen**:Damit all das möglich wird, braucht es eine klare
Haltung, mit der
199 wir Menschen begegnen. Wir, das bedeutet für uns ein verbindendes "Wir" all derer,
200 die hier leben und mitgestalten wollen. Damit das alle können, braucht es Strukturen,
201 die Menschen hier in Sicherheit ankommen und teilhaben lassen. Aus abweisenden
202 „Ausländerbehörden“ müssen bürokratiearme Einrichtungen werden, in denen Zuwanderung
203 sicher und das Ankommen schnell ermöglicht wird. Aus Kettenduldungen und
204 Perspektivlosigkeiten müssen Bleibeperspektiven und Chancen werden. Der „Spurwechsel“
205 ist dabei der zentrale Dreh- und Angelpunkt. Wir wollen Menschen nicht länger sich
206 selbst und der Willkür illegalisierter Fluchtwege und verworrener Aufenthaltstitel
207 überlassen. Wir wollen organisierte, ausbeuterische Kriminalität verhindern und
208 stattdessen humanitäre und zivile Hilfe stärken. Landesaufnahmeprogramme müssen
209 stärker mit Leben erfüllt und die Beratungs-, Begleitungs- und
210 Unterstützungsstrukturen auf sichere Beine gestellt werden. Zuwanderung bedeutet für
211 uns Schutz und die Möglichkeit, sicher auf eigenen Beinen stehen zu können. Das
212 wollen wir ermöglichen.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA15: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 211

198 **Haltung zeigen:** Damit all das möglich wird, braucht es eine klare Haltung, mit der
199 wir Menschen begegnen. Wir, das bedeutet für uns ein verbindendes "Wir" all derer,
200 die hier leben und mitgestalten wollen. Damit das alle können, braucht es Strukturen,
201 die Menschen hier in Sicherheit ankommen und teilhaben lassen. Aus abweisenden
202 „Ausländerbehörden“ müssen bürokratiarme Einrichtungen werden, in denen Zuwanderung
203 sicher und das Ankommen schnell ermöglicht wird. Aus Kettenduldungen und
204 Perspektivlosigkeiten müssen Bleibeperspektiven und Chancen werden. Der „Spurwechsel“
205 ist dabei der zentrale Dreh- und Angelpunkt. Wir wollen Menschen nicht länger sich
206 selbst und der Willkür illegalisierter Fluchtwege und verworrener Aufenthaltstitel
207 überlassen. Wir wollen organisierte, ausbeuterische Kriminalität verhindern und
208 stattdessen humanitäre und zivile Hilfe stärken. Landesaufnahmeprogramme müssen
209 stärker mit Leben erfüllt und die Beratungs-, Begleitungs- und
210 Unterstützungsstrukturen auf sichere Beine gestellt werden. Zuwanderung bedeutet für
211 uns ~~Schutz und~~ die Möglichkeit, sicherer auf eigenen wirtschaftlichen Beinen stehen zu können. Das
212 wollen wir ermöglichen.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA16: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 217 - 218

- 214 Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der
215 Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses
216 Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere sich im Schlechtreden gefallen
217 und ~~Macht erhalten, obwohl sie~~ dabei eigentlich Machtverhältnisse und Privilegien verteidigen und nur
verwalten oder rückwärtsgewandten Stillstand
218 wollen. Wir sagen, was ist und an wessen Seite wir stehen. Wir brauchen keine Miesmacher, wir
brauchen keinen Kulturkampf. Wir brauchen
219 keinen Markt, der nichts regelt. Wir brauchen Thüringen, wo wir gut leben können.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA17: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 219

214 Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der
215 Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses
216 Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere sich im Schlechtreden gefallen
217 und Macht erhalten, obwohl sie nur verwalten oder rückwärtsgewandten Stillstand
218 wollen. Wir brauchen keine Miesmacher, wir brauchen keinen Kulturkampf. Wir brauchen
219 keinen Markt, der nichts regelt. Wir brauchen mehr Gerechtigkeit und die Umverteilung von Macht
und Reichtum. Wir brauchen Thüringen, wo wir alle gut leben können.

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.

Antrag G1-ÄA18: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 232

232 Sicherheit im Wandel, Anerkennung von Erfahrungen und Zukunft gibt es nur mit uns und Bodo
233 Ramelow. Einer, der im Land und im Bund für die Menschen in Thüringen streitet und
234 klare Haltung zeigt in einer Zeit, welche Haltung statt Spaltung mehr verlangt denn
235 je. Sicherheit im Wandel, dafür stehen wir, als Thüringer LINKE!

Begründung

Neben einigen redaktionellen oder sprachlichen Ergänzungen oder Änderungen sind uns Schlagworte wie „Sicherheit schaffen“, „soziale Energiewende“, „zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze“ in der Passage in Zeilen 184-197 nicht konkret genug. „Sicherheit“ bedeutet für uns Beschäftigungssicherung, „zukunftsfähig“ bleiben Arbeitsplätze, wenn ausreichend aus- und weitergebildet wird, eine „soziale Energiewende“ in den Unternehmen kann nur mit einer guten Mitbestimmung funktionieren und „gut bezahlt“ heißt klar tarifgebunden. Linke Politik muss sich klar dazu bekennen, dass wirtschaftlich Schwache und in abhängigen Arbeitsverhältnissen stehende Menschen im Zentrum ihres solidarischen Handelns und für eine faire Beteiligung steht.